

Das ganze Ausmaß

	Mitte	FK	Pankow	CW	Spandau	SZ	TS	Neukölln	TK	MH	Lichtenberg	Reinickendorf
Linke - 23	3	4	2	1	1	1	1	2	2	2	3	1
CDU - 15	1		1	2	2	2	1	1	1	1	1	2
Grüne - 14	2	2	2	2		2	2	1				1
AfD - 13			1		2		1	1	2	3	2	1
SPD - 7				1	1	1	1	1	1			1

Zahl der Mitglieder in den einzelnen Bezirksämtern - jeweils 6 einschließlich des Bezirksbürgermeisters.

Bürgernahe Politik wird in den Bezirken gemacht. Und da die Bezirke im Laufe der Jahre immer mehr Kompetenzen zugesprochen bekommen haben, verfügen sie auch über eine gewisse Macht. Häufig ist ihnen egal, was der Senat will. Die Fürstentümer, jedes für sich genommen eine Großstadt, von 263.600 in Spandau (Aachen) bis 428.970 in Pankow (etwas weniger als Duisburg), sind äußerst selbstbewusst.

Bisher war es eigentlich immer ganz einfach, im Westen teilten sich SPD, CDU und Grüne die Bezirksamtsposten auf und im Osten spielten ein paar Linke mit. Da keine Partei eine Mehrheit der 55 Sitze in der Bezirksverordnetenversammlung hat, werden Zählgemeinschaften gebildet, die eigentlich nur den Zweck haben sollen, ein Bezirksamt zu wählen, aber manchmal auch so tun, als seien sie Koalitionen. Aus sechs Mitgliedern, einschließlich des Bezirksbürgermeisters, besteht das Bezirksamtsgremium. Da es keine Koalitionen, wie im Abgeordnetenhaus gibt, sitzen am Bezirksamtstisch alle Parteien, die prozentual Anspruch auf einen Sitz erworben haben. Schauen Sie sich oben an, was Sie gewählt haben. So bunt war es noch nie in den Bezirksämtern.

Die Linke ist die einzige Partei, die in allen Bezirksämtern vertreten ist. Die Grünen haben in vier Bezirken keinen Sitz, die SPD, die in früheren Jahren fast überall den Bezirksbürgermeister stellte, ist nur noch in sieben Bezirken mit jeweils einem Stadtrat vertreten, die CDU ist überall, außer in Friedrichshain-Kreuzberg, dabei. Es gibt nicht nur für die SPD tragische Abstürze, auch für die CDU, zum Beispiel in Tempelhof-Schöneberg. Dort stellte sie bislang drei von sechs Stadträten und schrumpft jetzt auf einen.

Die AfD hat sich in acht Bezirken Ansprüche auf Sitze in den Bezirksämtern erworben, ob sie es allerdings auch in die Gremien schafft, ist eine andere Frage. Bisher hatte die AfD Anspruch auf je einen Stadtrat in Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Spandau und Treptow-Köpenick. Lediglich in Treptow-Köpenick wurde der AfD Kandidat gewählt, in den anderen Bezirken nicht. Das heißt, dass die Aufgaben der unbesetzten Ressorts auf die andere Stadträte verteilt

wurden. Und das wollen die anderen Parteien wieder so machen? In Marzahn-Hellersdorf müssten drei Stadträte die Aufgaben der drei anderen, nicht gewählten Bezirksamtsmitglieder, unter sich aufteilen. Ist das wirklich sinnvoll? Kann man 13 AfD-Politiker außen vor lassen und sie in eine Opferrolle zwingen. Was würde das für die nächsten Wahlen bedeuten? Noch mehr Zustimmung für die AfD? Niemand muss einen AfD-Stadtrat wählen, er käme aber auch durch Enthaltung der anderen und nur mit den Stimmen der eigenen Partei ins Amt. In Tempelhof-Schöneberg ist einmal ein SPD-Stadtrat mit 16 Stimmen der eigenen Partei, bei Enthaltung aller anderen gewählt worden. Die Parteien sollten noch einmal darüber nachdenken, wie sie verfahren wollen.

Tempelhof-Schöneberg, Neukölln und Reinickendorf sind die Bezirke, in denen alle Parteien vertreten sind. Das werden dort sicherlich spannende Bezirksamtssitzungen. So, nun beginnen die Verhandlungen zur Bildung von Zählgemeinschaften, dessen Aufgabe es auch ist, Bezirksbürgermeister zu benennen. Und diese müssen nicht zwingend immer der stärksten Partei angehören. Die nächsten Wochen könnten einige Überraschungen hervorbringen.

Was noch?

Olympia hat sich erledigt. Der erste große Erfolg von **Elif Eralp**, noch bevor sie ein Amt hat. Es ist viel Unsinn über das Konzept erzählt worden, auch im rbb. Der Hauptkritikpunkt der DOSB-Kommission ist die politische Instabilität Berlins in dieser Frage, ein hausgemachtes Problem. Was macht eigentlich die Expo-Bewerbung?

Noch was? Ja.

Es haben sich ein paar Alt-Genossen zusammengesetzt und ihre Bedenken über eine Koalition mit der Linken geäußert. Mancher mag lächeln, wenn sich Ehemalige Gedanken machen, anstatt Enten im Park zu füttern. Es ist allerdings äußerst erfreulich, wenn sich erfahrene Politiker zu Wort melden, und ihre Partei nicht einfach dem Schicksal überlassen. Aus dem erstellten Papier ist auszugsweise in den Medien zitiert worden. Wir veröffentlichen es komplett:

Mit Entsetzen haben wir verfolgt, dass die Linke auf ihrer Wahlparty mit dem Anführer einer Organisation, die international als Unterstützer des Terrorismus der Hamas angesehen wird, sowie mit dem Boss eines kriminellen Clans gefeiert und getanzt hat. Dies macht uns deutlich, dass die Linke sich weiterhin nur pro forma von denen distanziert, die das Existenzrecht Israels leugnen und auch in Berlin die Auslöschung des Staates Israel propagieren. Die Distanzierung einzelner bei den Linken kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass wesentliche Teile der Linkspartei dazu beitragen, dass jüdisches Leben in Berlin bedroht wird.

Wir teilen die Sorgen unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Ihr Schutz ist uns wichtig, auch und gerade wegen der deutschen Geschichte. Es gehört zu den roten Linien sozialdemokratischer Werte, nicht mit Antisemiten und Terroristen gemeinsame Sache zu machen. Wir sehen deshalb derzeit keine Basis für Gespräche mit der Linkspartei.

Und wir veröffentlichen auch die Namen der Unterzeichner

- Horst Porath, Bezirksstadtrat aD.,
 - Volker Härtig, Vorsitzender FA Soziale Stadt,
 - Petra Blume,
 - Angelika Syring,
 - Klaus Semlinger,
 - Jürgen Koch,
 - Erich Jesse,
 - Frank Meyer,
 - Michael Guggemos,
 - Manfred Semmer,
 - Hartmann von der Aue,
 - Jan Kehrberg,
 - Detlef Kuchenbecker,
 - Jürgen Jänen,
 - Bernd Törkel,
 - Petra Siebert,
 - Stefanie Frensch,
 - Henrik Thomsen,
 - Klaus Adler,
 - Daniel Schneider,
 - Rainer Nittka,
 - Philipp Mühlberg,
 - Chana Schütz,
 - Sebastian Schütz,
 - Werner Kühnemann,
 - Ingrid Kühnemann,
 - Thomas Letz
- Walter Momper, ehem. Landesvorsitzender SPD Berlin,
 - Ditmar Staffelt, ehem. Landesvorsitzender SPD Berlin,
 - Peter Strieder, ehem. Landesvorsitzender SPD Berlin,
 - Michael Müller, ehem. Landesvorsitzender SPD Berlin.,
 - Wolfgang Thierse, Bundestagspräsident aD.,
 - Anne Momper,
 - Steffen Reiche, ehem. Landesvorsitzender SPD Brandenburg,
 - Gunter Adler, Staatssekretär aD.,
 - Wolfgang Nagel, Senator aD.,
 - Klaus Böger, Senator aD.,
 - Stephan Schwarz, Senator aD.,
 - Gisela von der Aue, Senatorin aD.,
 - E.Jürgen Zöllner, Senator aD.,
 - Ralf Wieland, Präsident des Abgeordnetenhauses aD.,
 - Werner Kolhoff, Staatssekretär aD.,
 - Frank Bielka, Staatssekretär aD.,
 - Monika Helbig, Staatssekretärin aD.,
 - Ulrich Freise, Staatssekretär aD.,
 - André Schmitz, Staatssekretär aD.,
 - Beate Stoffers, Staatssekretärin aD.,
 - Peter Enders, MdB aD.,
 - Christian Oestmann, Vorsitzender ASJ Berlin,
 - Karlheinz Nolte, MdA aD.,
 - Jutta Leder, MdA aD.,
 - Rainer Frohne, Bezirksstadtrat aD.,
 - Bernd Schimmler, Bezirksstadtrat aD.,
 - Horst Porath, Bezirksstadtrat aD.,
 - Kevin Hönicke, Bezirksstadtrat aD.,